

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) Variobahn – politische Zuständigkeit

GR.in Mag.^a **Bauer** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Variobahn mutiert zu einem Dauerthema und das seit 2007. Es werden Straßenbahnen angeschafft und die Anschaffung bejubelt. Dann kommen im Frühjahr 2010 die ersten Garnituren und es donnert, vibriert und lässt GrazerInnen während der Betriebsstunden nicht schlafen.

Da es doch ein städtisches Thema ist, lässt die Holding in regelmäßigen Abständen mit Verbesserungsmaßnahmen bei Bahn und Schiene aufhorchen - auch der Lieferant wird - zumindest verbal - scharf in die Pflicht genommen. Bessere Räder sollen entwickelt werden, weitere Dämpfungen eingebaut werden, neue Schienen verlegt, denn das bringt Verbesserungen und wunderschöne Informationensfolder für die AnrainerInnen werden erstellt. Und es wird andauernd gemessen.

Doch es ist ein Jammer und es wird immer komplexer. Ein sehr kleiner Auszug dazu:

Am 27. März 2012 erklärten VertreterInnen der Verkehrsplanung und der Holding bei der Informationsveranstaltung zur Gleissanierung, dass der Gleiszustand die Sanierung auslöst und nicht die Vibrationen der Variobahn und dass die Fahrzeuge auf den Stand der Technik gebracht werden müssen, den sie derzeit noch nicht haben, und bei der Garnitur Nr. 206 werde man dann das Ergebnis sehen.

Am 12. Mai 2012 wurde medial durch den Vorstandsvorsitzenden die Mitteilung gemacht, dass die Holding; in den kommenden fünf Jahren weitere 285 Millionen

Euro investieren wird. Da ist die Variobahn dabei, mit der die Anrainer jetzt übrigens sehr zufrieden sind“. Dass Letzteres einfach nicht stimmt, dass die AnrainerInnen alles andere als zufrieden sind, sollte die Holding wissen – Beschwerden gibt es nach wie vor in Hülle und Fülle.

Am 22. Juni 2012 teilte der Volksanwalt mit, die eisenbahnrechtliche Bauartgenehmigung fußt auf einem rechtswidrigen Bescheid. Die Reaktion darauf: Ist noch unbekannt.

Auch wird nun verstärkt über die Gesundheitsgefährdung durch die Vibrationen diskutiert, weil diese in den Wohnungen der AnrainerInnen deutlich zu spüren sind. Und auch hier wiederum: Keine Stellungnahme seitens der Stadt, seitens der Holding.

Und am 21. August 2012 schließlich das Tüpfelchen auf dem sprichwörtlichen i: Die Volksanwaltschaft kommt zur Erkenntnis, dass "weitere Verbesserungen am Fahrzeug selbst aus derzeitiger Sicht nicht möglich zu sein scheinen" und dass die Holding der Volksanwaltschaft aber mitgeteilt hat, dass eine weitere Verbesserung der Situation durch Sanierungen und Erneuerungen im Gleisbereich erreicht werden soll.

Am Rande sei dazu betont: Dass aufgrund dieser Kritik die in der Ausschreibung für die Anschaffung der Tram aufgelisteten Kriterien immer wieder in den Focus treten, ist kein Wunder. Sogar als Gemeinderätin habe ich nur die einfache Auskunft erhalten, dass die Ausschreibungskriterien nicht überprüft wurden und das Pflichtenheft für die Ausschreibung ein Betriebsgeheimnis sei. Bezeichnend ist, dass auch zu den Kosten und den Messdaten und den Verbesserungswerten geflissentlich der Mantel des Schweigens gehüllt wird. Das scheint – aus Sicht der Holding – niemanden etwas anzugehen: Weder die betroffenen AnrainerInnen noch die Mitglieder des Gemeinderates werden informiert. Was naturgemäß die Frage aufwirft, ob denn hier etwas verschwiegen werden soll.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, am 8. Mai 2011 hatten sie öffentlich betont, dass die nächsten 30 Variobahn-Garnituren nicht angenommen würden, wenn die Probleme – sprich die Vibrationen - nicht gelöst werden. Und Sie wollten sogar den worst case prüfen lassen, wie denn der Ausstieg aus dem Vertrag machbar wäre. Und dennoch sind weitere Bahnen geliefert worden, obwohl die Verbesserungen für die AnrainerInnen nicht spürbar sind, die Verbesserungen nicht bewiesen wurden und eine permanente Beeinträchtigung bleibt.

Was bleibt, ist eine maßlose Verärgerung der AnrainerInnen, die sich schlichtweg ignoriert fühlen. Da sie ja auch keine „AnsprechpartnerInnen“ haben, die „politisch“ zuständig sind: Niemand kann bzw. will darauf antworten, wie es tatsächlich um die Verbesserungen oder Verbesserungsankündigungen bei Bahn und Schiene steht – auch als Mitglied des Gemeinderates, immerhin des obersten Organs dieser Stadt, erhält man keine konkreten Auskünfte und muss sich mit einem Pingpong-Spiel zwischen Zuständigkeiten, Ankündigungen und Betriebsgeheimnissen abfinden: Die Schienenbauer sagen, dass die Schienen dem Stand der Technik entsprechen, die Variobahn müsse verbessert werden. Dann wieder erhält man die Auskunft, die Bahn entspreche dem Stand der Technik, die Lösung sei auf der Straße zu suchen. Und die Volksanwaltschaft wiederum vertritt nach eingehender Prüfung die Auffassung, das Problem liege doch bei der Variobahn, nur könnten diese Probleme nicht behoben und damit der Stand der Technik nicht erreicht werden. Und was sagt Holding-Vorstandsvorsitzender Wolfgang Malik? Alles eitel Wonne?

Und die AnrainerInnen leiden weiter unter Lärm und Erschütterungen, fühlen sich völlig in Stich gelassen und wissen nicht mehr, wohin sie sich noch wenden können. Und als Mitglied des Gemeinderates bleibt die Frage nach der Ordnungsmäßigkeit offen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

- Wer in der Stadtregierung ist politisch für der/die Fragen der Variobahn zuständige Ansprechpartner/Ansprechpartnerin für die AnrainerInnen bzw. für die Mitglieder des Gemeinderates? Oder ist die Variobahn ein „verantwortungsfreier“ Raum?
- Wer trägt dafür Verantwortung, dass sämtliche Messdaten und Verbesserungswerte der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden?
- Wer trägt dafür Verantwortung, dass die Stellungnahme der Volksanwaltschaft in die weiteren Überlegungen miteinfließt? Und wurde überhaupt bereits auf die Stellungnahme der Volksanwaltschaft reagiert?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Zukunft des Cafés Rosenhain – Information und Einbeziehung der betroffenen GrazerInnen

GR. **Dreisiebner** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

In den letzten Wochen hat sich in der Angelegenheit um einen möglichen Neubau des Cafés Rosenhain eine überaus rege und von sehr vielen Menschen unterstützte BürgerInneninitiative gebildet. Die Ziele dieser Aktivbürgerinnen sind Ihnen, Herr Bürgermeister, mit Sicherheit bekannt.

Nicht vollständige Abwehrhaltung und Opposition gegenüber sanften Eingriffen und Verbesserungen bzw. einer – mittlerweile doch notwendigen - Sanierung des Cafés sind die Hauptanliegen dieser Menschen, sondern ausreichend Information und Einbeziehung bei den Planungen, die im Bereich der Holding Graz GmbH sowie im Bereich der Freizeit Graz GmbH stattfinden, sind ihr Ziel.

Sie haben in den letzten Jahren immer wieder – besonders jedoch in den letzten Monaten, auch im Zuge von Befragungen der Grazer Bevölkerung – BürgerInnenbeteiligung, Information und Diskurs zwischen Stadt Graz und ihren BewohnerInnen hochgehalten. Und noch mehr, Sie haben dies mehrfach zum neuen Stil der Politik in Graz erklärt.

Nun liegt ein aktueller Wunsch seitens einer sehr konstruktiv agierenden BürgerInneninitiative vor, die sich Information, Beteiligung und Einbeziehung von der Politik wünscht. Diesbezüglich sollte Sie am Sonntag, den 16.09.2012, eine Mail des Sprechers der BürgerInneninitiative „Rettet das Rosenhain“, Herrn Markus Seme, erreicht haben. Darin werden Sie vom Wunsch der BürgerInneninitiative in Kenntnis gesetzt, dass von Herrn Franz Schwarzl, Bezirksvorsteher von Geidorf, aufgrund der Dringlichkeit, alsbaldig eine Stadtteilversammlung zum Thema Neustrukturierung des Cafés Rosenhain einberufen werden möge.

Dieses Ersuchen wurde von BV Schwarzl gegenüber Herrn Seme mittlerweile leider abgelehnt bzw. wurde er auf die Mitte Oktober stattfindende Bezirksversammlung vertröstet. Ein solcher Vorschlag ist für die BürgerInneninitiative verständlicherweise mehr als unbefriedigend und würde wohl auch jeden Rahmen einer Bezirksversammlung sprengen.

Daher, sehr geehrter Herr Bürgermeister, richte ich an Sie folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, in Ihrer Eigenschaft als zuständiger Referent für Stadtplanung und Bauangelegenheiten, noch innerhalb der kommenden drei Wochen eine Informationsveranstaltung anzusetzen, die sich ausschließlich dem Thema „Neustrukturierung des Cafés Rosenhain“ widmet?

Sind Sie darüber hinaus bereit, im Zuge dieser Veranstaltung den aktuellen Informationsstand an die Bürgerinnen zu kommunizieren sowie in der Folge den Rahmen für eine geeignete intensive BürgerInnenbeteiligung vorzuschlagen?

Sind Sie bereit, die Entscheidung im Aufsichtsrat solange auszusetzen, bis eine ausreichende Information und BürgerInnenbeteiligung stattgefunden hat?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Schließung des letzten Postamtes im Bezirk Jakomini

GR. **Schneider** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Vom Bezirksrat Jakomini erhielt ich die Information, dass die Österreichische Post AG plant, nun auch noch das letzte verbliebene Postamt im Bezirk Jakomini, nämlich das Postamt in der Anzenruebergasse, zu schließen. Dazu ist anzumerken, dass ein Mitarbeiter der Post AG noch am 8. November 2011 die Bezirksbevölkerung dahingehend informierte, dass nach der Schließung des Postamtes in der Moserhofgasse keine weitere Postamtsschließung im Bezirk Jakomini geplant sei und das Postamt in der Anzenruebergasse bestehen bleibt.

Als Ersatz für das Postamt in der Anzengrubergasse ist von Seiten der Post AG ein Postpartner mit Standort Joanneumring geplant. Abgesehen davon, dass dieser Ersatzstandort für die Bevölkerung des Bezirks Jakomini keine Verbesserung ihrer Versorgungssituation darstellt, muss daran gezweifelt werden, dass die Post AG ein sinnvolles Gesamtkonzept für die Grazer Postfilialen verfolgt. Dass der Bezirk Innere Stadt, der ohnehin schon sehr gut ausgestattet ist, nun einen weiteren Poststandort erhalten soll und gleichzeitig für den bevölkerungsstärksten Bezirk Jakomini kein einziger Standort mehr vorgesehen ist, spricht eine deutliche Sprache.

Der Stadt Graz steht im Bezug auf die Standortgestaltung der Post AG ein Anhörungsrecht zu. Angesichts der eklatanten Fehlentwicklung sehe ich es als dringend geboten an, dass von diesem Anhörungsrecht umgehend Gebrauch gemacht wird.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, von Ihrem Anhörungsrecht Gebrauch zu machen und sich bei der Post AG für eine Beibehaltung des Postamtes in der Anzengrubergasse einzusetzen?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Initiative Fahrgast in künftige Liniennetzreformen einbeziehen

GR. **Eber** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Initiative Fahrgast Steiermark ist eine wichtige und sachkundige Fahrgastvertretung. Ihre Arbeit hat in den vergangenen Jahren sehr positive Anregungen für die Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs in Graz gegeben. In der jüngsten Ausgabe ihrer Zeitschrift setzt sich Fahrgast beispielsweise differenziert mit der bevorstehenden Liniennetzreform in Graz auseinander.

Im entsprechenden Artikel findet sich aber auch folgender Passus: „FAHRGAST oder Fahrgastbeirat waren zu keiner einzigen Sitzung zu diesem Thema geladen. Das Ergebnis wurde im Zuge eines Jour Fixe nebenbei präsentiert, obwohl FAHRGAST der Stadt Graz und auch den Graz Linien mehrmals in verschiedenen Gremien seine Mitarbeit angeboten hatte.“

Namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ stelle ich daher folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit zu veranlassen, dass FAHRGAST in künftige Liniennetzreformen der Graz Linien von Anfang an eingebunden wird?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Verlängerung Linie 5

GR. **Eber** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Bereits vor Jahren war die Verlängerung der Straßenbahnlinie 5 von Puntigam zum Einkaufszentrum West ein Thema. Vorausschauend wurde auch eine entsprechende Trasse freigehalten.

Nunmehr planen die Eigentümer des Einkaufszentrums West einen umfassenden Umbau in ihrem Bereich. Uns erscheint dies als geeigneter Zeitpunkt, die Pläne für die Straßenbahnverlängerung der Linie 5 hin zu diesem Einkaufszentrum in die Umsetzungsphase zu bringen

Daher richte ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, mit den Eigentümern des Einkaufszentrums West (Ikea) in Verhandlungen zu treten, um eine Kostenbeteiligung bei der Realisierung der Verlängerung der Straßenbahnlinie 5 von Puntigam auf das Areal dieses Einkaufszentrums zu erreichen?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Zukunft des Ragnitzbades

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Auch im heurigen Sommer hat sich gezeigt, welche große Bedeutung das Ragnitzbad für die Menschen, insbesondere für Familien, im gesamten Grazer Osten hat. Leider ist die Zukunft dieser Anlage sehr ungewiss, jede neue Saison bleibt stets mit großen finanziellen Problemen verbunden.

Die Ankündigung des Betreibers, in wenigen Jahren in Pension zu gehen, sollte nun ein entschiedenes Handeln der Stadt einleiten. Eine Bestandsgarantie bzw. eine Übernahme durch die Stadt (Holding) würde helfen, diese wunderschöne Anlage den Menschen auch in Zukunft zu erhalten.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, die Zukunft des Ragnitzbades durch eine Bestandsgarantie zu sichern bzw. eine Übernahme durch die Stadt Graz (Holding) zu prüfen?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Verlängerung der Öffnungszeiten der Stadtbibliothek Graz West

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Es besteht vielfach der Wunsch, dass die Öffnungszeiten der Stadtbibliothek Graz West in der Eggenberger Allee 13a insofern verändert werden sollen, dass zumindest einmal in der Woche (z.B. am Donnerstag) auch in dieser Zweigstelle für die Berufstätigen benutzerInnenfreundliche Entlehnzeiten realisiert werden, indem diese Bibliothek bis 19.00 Uhr die Möglichkeit bietet, Bücher auszuleihen.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, die zuständigen Stellen zu kontaktieren, um den Sachverhalt bezüglich einer einmaligen Verlängerung der Öffnungszeiten pro Woche in der Stadtbibliothek Graz West prüfen zu lassen und eine entsprechende Lösung im Interesse der Berufstätigen herbeizuführen?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Geschichte der Heimatvertriebenen in die Lehrpläne aufnehmen

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage.

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Geschichte der Heimatvertriebenen in Österreich ist ein wesentlicher Teil der Geschichte Österreichs. Heimatvertriebene waren in den späten 40er-Jahren einer

der Motoren des Wiederaufbaus und in den 50er-Jahren maßgeblich am Wirtschaftswunder beteiligt. Sie sind demnach ein wesentlicher Bestandteil der österreichischen Nachkriegsentwicklung.

Um die Geschichte der Heimatvertriebenen und ihre Rolle in ihrer neuen Heimat ins Bewusstsein zu rufen und um ihr Schicksal weiter in Erinnerung zu halten, ist es unerlässlich, dieses Kapitel österreichischer Geschichte in die Bildungsvermittlung der Bevölkerung aufzunehmen.

Daher richte ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die höfliche

Anfrage:

Bist du bereit, dich bei den zuständigen Stellen des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur dafür einzusetzen, dass die Geschichte der Heimatvertriebenen, deren Herkunft und Hintergrund, deren Integration sowie deren Leistungen in und für Österreich verpflichtend in den Lehrplänen des Geschichtsunterrichts an den Pflichtschulen Berücksichtigung finden, indem diesem Themenkreis ein eigenes Kapitel in den jeweiligen Schulbüchern gewidmet wird.

Nicht unerwähnt soll auch die Tatsache bleiben, dass der Landeshauptmann von Oberösterreich Dr. Pühringer diese Forderung ebenfalls unterstützt.

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Lenkerberechtigung der Busfahrer bei der Holding Graz Linien

GR. Ing. **Lohr** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Rahmen dieser Initiative erlaube ich mir, Ihnen den Inhalt eines Gesprächs näherzubringen, das zwischen einem Buslenker und einem seiner Kollegen während der Fahrt eines Linienbusses der Holding Graz Linien geführt wurde.

Der im Einsatz befindliche Lenker im Einschubbus bekannte auch für andere Fahrgäste deutlich hörbar freimütig ein, dass er derzeit nur im Besitz eines Führerscheins der Klasse B, also eines PKW-Führerscheins, sei (Datum des Gespräches und Busnummer liegen vor). Da hier möglicherweise Fahrgäste und andere Verkehrs- sowie Sachmittel gefährdet wurden, erscheint es hinterfragenswert, ob eine derartige Vorgehensweise durch die Holding Graz Linien rechtliche Deckung findet. Von Interesse ist auch, ob Derartiges wiederholt vorkommt – also eventuell gelebte Ausbildungspraxis ist – und ob eine Lenkerverwendung dieser Art auch in anderen Landeshauptstädten üblich ist.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachfolgende

Anfrage:

Werden sie mit der Holding Graz Gespräche führen, ob dort bekannt ist, dass Buslenker – eventuell zu Ausbildungszwecken – eingesetzt werden, die nicht im Besitz der Führerscheinklasse D sind?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Höhe des Zinsvolumens der Stadt Graz

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Stadt Graz ist mit 1,3 Milliarden Euro verschuldet und muss für diese Schulden natürlich auch Zinsen bezahlen. Ein Groß-Projekt nach dem anderen wird von diesem Bürgermeister auf Pump finanziert, um von seiner Politik der leeren Taschen abzulenken und seiner Amtszeit den Anschein von Prosperität zu geben. Tatsache ist, dass sich diese Stadt ihren Bürgermeister nicht mehr leisten kann, der Graz sehenden Auges an den finanziellen Abgrund gestellt hat. Offensichtlich sehen das inzwischen auch die Banken so, denn sie erhöhen die Zinsen für die Kredite, die man aufnehmen musste, um dem Stadtkaiser ein paar Denkmäler zu errichten.

Man sollte meinen, die Verantwortlichen stellen sich die einfache wirtschaftliche Gretchen-Frage: Wieso erhöht eine Bank die Zinsen für einen laufenden Kredit? Selbst einem unbedarften Bürger, der nicht im Besitz eines Geschäftes in der Herrengasse ist, muss klar sein, dass das Erhöhen von Kreditzinsen auf mangelnde Kreditfähigkeit zurückzuführen ist. Diese wiederum wird durch den immer größer anwachsenden Schuldenberg verursacht. Man muss also die Wirtschaftskompetenz dieser Stadtregierung in höchstem Maße anzweifeln, die es geschafft hat, dass sie trotz höherer Einnahmen durch stetig angehobene Steuern und Gebühren das Schuldenvolumen zu noch nie da gewesener Größe getrieben hat. Die Folgen dieser verfehlten und unzeitgemäßen, weil unleistbaren, Politik sind nun spürbar.

Daher richten die unterzeichneten Gemeinderäte an den Bürgermeister der Stadt Graz, Mag. Siegfried Nagl, nachstehende

A n f r a g e :

Wie hoch ist im Gesamten das jährliche Zinsvolumen der Stadt Graz und wie hat es sich seit ihrem Amtsantritt im Jahr 2008 entwickelt?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Sicherheit und Ordnung in Graz

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die von mir und GR-KollegInnen mehrfach vorgebrachte Kritik an der Grazer Stadtregierung In Betreff des ungenügenden bis teilweise katastrophalen Zustandes von Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt Graz ist in zahllosen Protokollen festgehalten. Obwohl die Medien naturgemäß nur einen kleinen Teil der Gesamtheit an Vorfällen berichten, reiht sich geradewegs ein Überfall insbesondere auf Ältere, Frauen und Gebrechliche an den nächsten. Die nahezu zahllosen Einbrüche, Sachbeschädigungen, Vandalenakte, auch Messerstechereien, Störungen von Ordnung und Nachtruhe etc. sind dabei gar nicht eingerechnet.

Bislang wurde jegliche Kritik mehr oder minder als überzogen abgewürgt und als Panikmache verunglimpft bzw. überwiegend „nicht einmal ignoriert“. Nun, vor der anstehenden Gemeinderatswahl, scheint alles anders zu sein, jetzt wird nicht nur die Faktenlage zugegeben, sondern auch konkrete Besserungen „avisiert“. Nur vom zugehörig absolut unverzichtbaren „Festhalterecht“ für die Grazer Ordnungswache und dem dazu wegen der Befugnisausweitung zu ändernden Landesgesetz ist bislang keine Rede.

Auch die „Abgeltung“ der verfassungsrechtlichen Bundesverpflichtungen der als Exekutive (Polizei) in Graz via „Extra-Steuergeld-Zuwendung“ scheint hoffentlich vom Tisch und die Einsatzkräfte der Ordnungswache sollen kräftig aufgestockt werden. Dies sollte durch die Integration in bzw. Anbindung an das Grazer Parkraumservice

(GPS) mit seinen weit über 100 GPS-MitarbeiterInnen auf den Straßen der Stadt Graz zu einer klaren und erhöhten Wirkung führen.

Ich selbst sehe mich dazu bei meinen Vorhaltungen bestätigt, aber angesichts der mehrjährigen Verzögerung und des damit einhergehenden Umfangs von vermeidbarem Leid und Schaden für die Grazer BürgerInnen wie auch für die Stadt Graz bin ich von dem jahrelangen Stillstand der Grazer Stadtregierung in dieser Angelegenheit peinlich berührt. Dennoch hoffe ich aufrecht auf ein mehrheitsfähiges „Gscheiterwerden“ in allen Parteien der Grazer Stadtregierung.

In diesem Zusammenhang ersuche ich um Beantwortung nachfolgender Frage:

Ich ersuche Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, darüber Auskunft zu geben, warum Sie erst jetzt die teils geradezu desaströse Faktenlage bei Sicherheit und Ordnung nicht mehr bestreiten, warum Sie gerade jetzt die mehrfach geforderte Stärkung der Sicherheitsinstitutionen in Graz in Gang bringen wollen beziehungsweise was und wer Sie davon bislang abgehalten hat und ob Sie angesichts der ohne Zweifel überfälligen Maßnahmen angesichts der zwischenzeitlichen mehreren hundert zumindest nicht eingedämmten beziehungsweise nicht verhinderten Vergehen und Verbrechen nicht zumindest von einem schlechten Gewissen geplagt werden.

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.